LEITARTIKEL: *„In Bayern müssen die Pflegestützpunkte endlich kommen“*

Von Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirketags

Die Zukunft der Pflege ist eines der sozialpolitischen Mega-Themen unserer Zeit. Nicht nur vor dem Hintergrund einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft, sondern auch im Bewusstsein der Tatsache, dass immer mehr Menschen auch in Bayern von einer Behinderung betroffen sind. So befasste sich folgerichtig der jüngste Hauptausschuss des Bayerischen Bezirketags kürzlich im oberbayerischen Kloster Seeon mit diesem Thema. In dieser Sitzung hat sich das Gremium mit Nachdruck und aus guten Gründen für eine flächendeckende Einrichtung erweiterter Pflegestützpunkte für ganz Bayern ausgesprochen.

Dabei, und das sage ich sehr deutlich, wird es darum gehen, in einem engen Schulterschluss mit den Landkreisen, kreisfreien Städten, Pflegekassen und Krankenkassen als Partner solche Beratungsstützpunkte für umfassende soziale Hilfeleistungen in Form passgenauer Beratungen unter einem Dach zu schaffen.

Mehr als der klassische Begriff von Pflege

Doch hierbei geht es nicht allein um den klassischen Begriff der Pflege, sondern es geht hier den bayerischen Bezirken und mir persönlich um weit mehr. Denn in solchen erweiterten Stützpunkten soll es in Zukunft eine Beratung zu unterschiedlichsten Fragen, etwa bei der ambulanten Hilfe zur Pflege, bei der Eingliederungshilfe, der Angebote für Senioren und in den vielen sonstigen sozialen und gesundheitlichen Problemstellungen geben, mit denen sich Menschen an diesen erweiterten Pflegestützpunkt wenden. Im Zuge dieser Überlegungen stellt sich für uns damit zwangsläufig natürlich auch die Frage der Finanzierung.

Hier sage ich mit aller Entschiedenheit, dass wir als bayerische Bezirke und als Bezirketag die Erwartung haben, dass sich diese im Idealfall die Pflege- und Krankenkassen sowie die Kommunen zu je einem Drittel teilen. Dies wäre eine faire Basis und würde deutlich unseren Anspruch untermauern, uns dem immer drängender zutage tretenden Anliegen, Pflege und all ihre Begleitumstände fachlich und strukturell so passgenau wie möglich zu organisieren.

Dabei möchte ich aber auch betonen, dass, wenn wir von einer flächendeckenden Einrichtung solcher „erweiterter Pflegestützpunkte“ sprechen, jeder Bezirk seinen ganz eigenen Weg finden muss, diese für die Bevölkerung anzubieten. Denn in jedem Bezirk herrschen andere Voraussetzungen und gewachsene Strukturen, die miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Hierzu gehört beispielsweise die Einbindung der vor Ort vielfach von den Fachstellen pflegender Angehöriger bereits geleisteten wertvollen Beratungsarbeit. Unabhängig davon appelliere ich ausdrücklich an die Landkreise, kreisfreien Städte, aber auch an den Freistaat Bayern, sich dieser Herausforderung von erweiterten Pflegestützpunkten mit Leidenschaft zu stellen.

Denn – und das ist ganz besonders wichtig – die Menschen erwarten von uns zu Recht vor dem Hintergrund eines ständig steigenden Unterstützungsbedarfs hier nicht nur fachlich kompetente, sondern vor allem auch wohnortnahe Beratungsangebote. Und so wird, da bin ich sicher, mittelfristig kein Weg an der Schaffung solcher erweiterten Pflegestützpunkte“ vorbeigehen, wenn wir es ernst meinen wollen mit der an uns gestellten Aufgabe, insbesondere Menschen mit Behinderung und/oder mit Bedarf an pflegerischer Unterstützung so umfassend und dezentral wie möglich auf ihrem Lebensweg zu begleiten.

Ein Punkt im Blick auf die künftigen erweiterten Pflegestützpunkte ist mir aber auch noch ganz besonders einer Erwähnung und auch Klarstellung wert: In jedem Fall gilt es in diesem Diskussionsprozess sehr frühzeitig auch die ehrenamtlichen Senioren- und Behindertenbeauftragten, die heute schon mit ihrer Erfahrung und Fachkompetenz wertvolle Arbeit für das Gemeinwesen leisten, in den Prozess zur Einrichtung solcher erweiterten Pflegestützpunkte mit einzubinden. Denn gerade diese ehrenamtlichen Kräfte haben vor Ort viele wichtige Kontakte und genießen ein hohes Maß an Vertrauen und Wertschätzung in der Bevölkerung. Sie sind und bleiben deshalb für uns als Bezirketag ein wichtiger Partner bei der Verwirklichung unseres Zieles, künftig flächendeckende erweiterte Pflegestützpunkte vorzuhalten.

Krankenhausdirektor Gerhard Schneider (rechts) führte die Gruppe durch die 2014 eröffnete Gedenkstätte. FOTO KNOTT

Veranstaltung von Bezirksklinikum, TH Deggendorf, Uni Passau und der Landeszentrale für politische Bildung

Symposium zum Thema Holocaust

Der Veranstaltungsort für die Tagung zum Thema Holocaustbildung war gut gewählt. Denn die Geschichte des Bezirksklinikums Mainkofen während des Zweiten Weltkrieges beeindruckte einerseits die Teilnehmer, die sich zum Symposium dort einfanden, und zeigte andererseits deutlich, wie gut sich ein authentischer Ort eignet, um das Thema Schülern aus der Region nahezubringen.

Die Tagung, die in Zusammenarbeit von Technischer Hochschule Deggendorf, dem Lehrstuhl für Diversität und Begabung der Universität Passau sowie dem Bezirksklinikum Mainkofen mit Unterstützung des Bezirks Niederbayern und der Landeszentrale für politische Bildung organisiert worden war, hatte zum Ziel, das Thema Holocaustbildung als Anlass zu sehen, um auch gegenwärtig sensibilisiert zu sein im Umgang mit ethnischen oder sonstigen Minderheiten und dem Demokratie- und Geschichtsbewusstsein allgemein.

Nachdem Krankenhausdirektor Gerhard Schneider die rund 90 Teilnehmer begrüßt hatte, hob Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich in seinem Grußwort hervor, dass Erinnerung nicht selbstverständlich sei. Er dankte dem Krankenhausdirektor für seinen ganz persönlichen Einsatz bei der Geschichtsaufarbeitung in Mainkofen, die im Jahr 2014 ihren Höhepunkt in der Einweihung der Gedenkstätte auf dem Klinikgelände fand. Gerade in Zeiten von „Fake News“ und der Infragestellung von historischen Tatsachen sei es sehr wichtig, so Heinrich, die wahre Geschichte an die junge Generation weiterzuvermitteln.

Diesen Gedanken formulierte auch Professor Peter Steinbach, der sich in seinem Berufsleben intensiv mit dem Holocaust beschäftigte und unter anderem seit 1989 wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin ist. Er erläuterte zunächst, wie die Nazis vorgingen, um nicht nur den Mord an den Juden, sondern schon zuvor die Tötung von psychisch und körperlich Kranken zu legitimieren.

Wie die mehr als 1000 Patienten in Mainkofen bis 1945 ums Leben kamen, erklärte Krankenhausdirektor Gerhard Schneider den Zuhörern. Nach den Zwangssterilisationen verliefen die Tötungen in der sogenannten „Geheimaktion T4“. Mit dem Zug wurden die Opfer in die damalige Tötungsanstalt Hartheim bei Linz transportiert, wo sie mit Kohlenmonoxidgas ermordet wurden. Im Anschluss gingen ab dem Jahr 1941 in den einzelnen Heil- und Pflegeanstalten des damaligen Deutschen Reiches die Patientenmorde weiter: in Bayern mittels der sogenannten Entzugs- oder Hungerkost.

Bei der Führung durch die Gedenkstätte bekamen die Lehrkräfte sowie Alten- und Krankenpfleger einen nachhaltigen Eindruck vom Ausmaß der NS-Euthanasie. Eine Studie zu den Haltungen angehender Lehrkräfte zur „Holocaust Education“ präsentierte Professor Christina Hansen, Lehrstuhlinhaberin für Grundschulpädagogik der Universität Passau.

Die pädagogischen Grundlinien der Vermittlungsarbeit in Yad Vashem, Israels nationaler Gedenkstätte für den Holocaust, präsentierte Noa Mkayton. Sie verwies auch darauf, dass die bisherige Aufarbeitung in erster Linie aus Tätersicht erfolge – oder dann, wenn die Demütigungen und Gräueltaten bereits begangen waren. Mkayton nahm auch die Perspektive der Betroffenen ein, die aus ihrer Sicht in der Pädagogik die Auseinandersetzung mit dem Davor, dem Währenddessen und dem Danach anrege.

Das Fazit der ganztägigen Veranstaltung fiel sehr positiv aus. Durch die Vielzahl unterschiedlicher Vorträge und Perspektiven bekamen die Teilnehmer einen sehr umfassenden Zugang zum Thema Holocaust. Zudem wurde die vorbildliche Auseinandersetzung des Bezirksklinikums mit seiner eigenen Vergangenheit mehrfach gelobt.

> CHRISTINE KNOTT

Umstellung erfolgt in Mittelfranken bis Ende dieses Jahres

Gemäß den Bestimmungen des neuen Bayerischen Teilhabegesetzes I sind die bayerischen Bezirke seit 1. März 2018 für die im Rahmen der Sozialhilfe zu gewährenden Leistungen für ambulante Pflege zuständig. Bislang war dies Aufgabe der kreisfreien Städte und der Landkreise.

Von heute auf morgen wird diese Umstellung gleichwohl nicht vollzogen. Denn um den reibungslosen Übergang dieser Verantwortlichkeit zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber eine vorübergehende Delegationsmöglichkeit eingeräumt.

In der Praxis wird dies in Mittelfranken so aussehen, dass die genannte Aufgabe zunächst wie bisher von den kreisfreien Städten und Landkreisen wahrgenommen, der Bezirk aber im Lauf des des Jahrs 2018 diese Schritt für Schritt in den eigenen Aufgabenvollzug übernehmen wird. > BSZ

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirketag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner

Apotheke am kbo-Isar-Amper-Klinikum offiziell zertifiziert

Weiterbildungsstätte für Arznei-Information

Seit einiger Zeit ist die Apotheke am kbo-Isar-Amper-Klinikum Weiterbildungsstätte für Arzneimittelinformation und ist mit Gudrun Pfeiffer als Fachapothekerin für Arzneimittelinformation berechtigt, dort angestellte Apotheker zum Fachapotheker für Arzneimittelinformation weiterzubilden. Diese neue Weiterbildungsberechtigung ergänzt die bereits seit Ende der 1980er-Jahre bestehende Weiterbildungsberechtigung für klinische Pharmazie (Weiterbildungsberechtigter: Volker Lemsch).

Die Weiterbildung erfolgt jeweils über drei Jahre und beinhaltet sechs Seminare mit 120 Stunden, eine Projektarbeit und die Abschlussprüfung (durch die Bayerische Landesapothekerkammer). Vier Apotheker am Klinikum sind in klinischer Pharmazie weitergebildet (davon sind drei zur Weiterbildung ermächtigt), und zwei Apotheker absolvieren gerade ihre Weiterbildung. Für die Arzneimittelinformation ist Gudrun Pfeiffer zur Weiterbildung ermächtigt, Michael Aigner wird als erster Mitarbeiter von Gudrun Pfeiffer in der Weiterbildung betreut. Ziel ist es, in den nächsten Jahren alle Apotheker zu qualifizieren.

Immer häufiger fordern Patienten detaillierte Informationen über die Medikamente ein, die ihnen vom Arzt verschrieben werden. FOTO DPA

Gerade für die Tätigkeit als „Apotheker auf Station“ ist diese Weiterbildung ein wesentlicher Baustein. Es gibt viele Anfragen aus der täglichen Arbeit auf den Stationen zu Arzneimitteln, von einfachen Fragen nach Lieferbarkeit oder Teilbarkeit bis hin zu Spezialanfragen wie zum Beispiel welche Medikamente bei einem leberinsuffizienten Patienten verabreicht werden können, ohne die Leberwerte weiter zu verschlechtern. Auch Fragen nach der Vereinbarkeit bei Polymedikation besonders bei Patienten der Gerontostationen werden sehr häufig gestellt. Hier hat die Apotheke aufgrund der Dringlichkeit der Interaktionschecks bei Medikamenten auch ihren Schwerpunkt in der Betreuung auf Station gesetzt. Zur Unterstützung des „Apothekers auf Station“ bietet die Apotheke jedes Jahr zwei Stellen für das sechsmonatige Pharmaziepraktikum vor dem 3. Staatsexamen an, sowie für mehrere Wahlpflichtpraktikanten (zwei Wochen pro Semester) und Famulanten (derzeit vier) an. Gemeinsam mit dem kbo-Lech-Mangfall-Klinikum Agatharied betreut die Apotheke zudem seit einem halben Jahr das Projekt „Polypharmazieboard“, an dem Frau Müller per Videokonferenz 1x im Monat teilnimmt. Im Mittelpunkt steht interdisziplinär die Therapieoptimierung ausgewählter Fallbeispiele. Auch die eigene Fortbildung ist den Apothekern sehr wichtig: Jeder Apotheker erwirbt alle zwei Jahre das Fortbildungszertifikat der ADKA (Arbeitsgemeinschaft deutscher Krankenhausapotheker). Dafür sind 60 Weiterbildungsstunden in zwei Jahren nachzuweisen.

„Ich freue mich sehr, dass die Klinikleitung alle Weiterbildungen genehmigt, das ist für uns gerade im pharmakologischen Bereich sehr wichtig“, sagt Volker Lemsch. „Hier ändert sich so viel, dass nur mit einer regelmäßigen Weiterbildung eine optimale Betreuung der Patienten möglich ist.“ Von den Kliniken im Großraum München ist neben der Apotheke des kbo-Isar-Amper-Klinikums die Apotheke des Klinikums Großhadern als Weiterbildungsstätte für Arzneimittelinformation zertifiziert.

> MONIKA DREHER

Drei erfolgreiche Kurse für Begleiter bei Ex-In-Projekt

Mit dem innovativen Konzept Ex-In soll das Erfahrungswissen von Menschen, die schwere seelische Erschütterungen bewältigt haben, in der Arbeit von psychiatrischen und psychosozialen Diensten genutzt werden. Ex-In steht für Experienced Involvement. Wer selbst Psychiatrie-Erfahrung hat, weiß aus eigenem Erleben, was Menschen in dieser Situation fühlen und brauchen. Als Genesungsbegleiter können die Teilnehmer eines Ex-In-Kurses hilfreich für andere Betroffene sein. Im Bezirk Schwaben wurden bereits drei Kurse erfolgreich durchgeführt, nun plant die „allgäu akademie“ am Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren einen vierten Kurs für interessierte Menschen aus der ganzen Region. Der Kurs startet am 27. Juli 2018. Bevor das Bewerbungsverfahren beginnt, gibt es jedoch zuvor Informationsveranstaltungen für Interessierte. Dabei informieren Absolventen und Kursleiter über das Kursangebot, das bis Mitte 2019 dauert und sich aus mehreren Modulen zusammensetzt, über Voraussetzungen und über Einsatzmöglichkeiten. > BSZ